



Freiburg – Stadt für Alle?!

Die Stadt löst alle Wohnungsfragen...?

Zum Jahresende brachte der Paritätische Verband neue Zahlen zur Armut in Deutschland heraus. Etwa 15 % der Bevölkerung sind gefährdet, der *Anstieg* seit 2006 ist in Westdeutschland größer als in Ostdeutschland, wenngleich er dort prozentual höher liegt. In Freiburg ist die Armutsentwicklung noch deutlicher zu erkennen. Woher kommt das?

An der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung kann es nicht liegen, wohl aber an der stärkeren Verbreitung von Niedriglöhnen, Minijobs, Zeitarbeitsverträgen und ähnlich prekären Beschäftigungen. Also Absenkung des Lebensstandard, bei zeitgleichem Rückgang der offiziellen Zahl der Arbeitslosen.

Beim Wohnen ist es nicht viel anders: immer mehr geht bei der Miete drauf, bei Neu- und Wiedervermietungen war Freiburg ziemlich Spitze (plus 8,1 %), vgl. letzte Ausgabe.

Was passiert angesichts dieser wenigen Zahlen gerade in der Stadt?

Vor einem Jahr hatten sämtliche (!) Fraktionen im Gemeinderat die Verwaltung aufgefordert, ein sogenanntes Kommunales Handlungsprogramm vorzulegen (wie es schon 2002 der Fall war). Die Verwaltung hatte ein Jahr Zeit, um nun einen relativ plakativen Entwurf dafür vorzulegen.

Was steht drin? Sie möchten „sozial gemischte Stadtteile“ für Menschen „unterschiedlicher Einkommen und Lebensphasen“ fördern. Für die offenbar dringend notwendigen Neubaugebiete Rieselfeld II und St. Georgen-West sollen Baugruppen eingebunden werden, die Stadt sieht den „Neubau preisgünstigen Wohnraums“ als besonderen Handlungsbedarf. Das alles soll über die „Baugenossenschaften“ betrieben werden (Stadtbau, Bauverein, Familienheim, Heimbau), die sich deshalb zu einem Konsortium zusammen getan haben.

Wo die Stadt angeblich nichts machen kann, soll das Land ran: Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Zweckentfremdungsverbot, etc.

Diese vielen Worte sollen 2013 ausführlichst diskutiert werden, die Bevölkerung ist natürlich – wie immer – zur aktiven Mitgestaltung aufgerufen... Und dann soll ab 2015 ordentlich geklotzt werden! Was bis dahin mit der aktuellen Wohnungsnot passiert, enthält der Entwurf nicht.

RECHT - AUF - STADT - NETZWERK - TREFFEN

Jeden **2. Freitag im Monat um 20 Uhr** im Syndikats-Büro auf dem Grethergelände (Adlerstr. 12). Das nächste Treffen findet am **08. Februar** statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Stadtpolitik von A-Z zu finden auf
www.rechtaufstadt-freiburg.de

TERMINE

- 01.02. Abschiebungen vom Baden-Airpark
- 08.02. „Recht auf Stadt“ - Treffen | 20 Uhr
- 19.02. Gemeinderatssitzungen | 16.15 Uhr
- 02.03. Reich Macht arm - Kommunale Strategien gegen soziale Ausgrenzung | Glashaus

Weitere aktuelle Termine auf der RaS - Homepage

Es ist hier nur der Platz, aus den 34 Seiten des Entwurfs einige Stichworte hervorzuheben:

- Der von allen Fraktionen erbetene Bericht hatte in seiner Anforderung auch noch folgende Stichworte enthalten: eine „Sicker-Studie“ wurde gewünscht (wohin die vertriebenen Mietparteien verschwinden), eine Leerstandsanalyse sollte beigefügt sein und eine „optimierte Bürgerbeteiligung“ war erwünscht worden. Über allem aber stand aus der Agenda 21 „ausreichender und bezahlbarer Wohnraum“ (2002). Zu all diesen Punkten ist im Entwurf praktisch nichts zu finden. Es ist bereits ein wenig kurios, wie sich alle Fraktionen unisono um dieses Thema zu kümmern vorgeben.

- Bei sozial gemischten Stadtteilen denkt man vermutlich doch an die Wiehre und Herdern, und an den darin versinnbildlichten Umstand, die Häuser der Johann-Seb.-Bach-Str. abzureißen und stadtteil-„gerechten“ Wohnraum hinzustellen; dass die FSB hier nicht mal die Rentabilitätsrechnung beim Amtsgericht durchkriegt, verdeutlicht - einmal mehr - den profit-orientierten Neubau. Und schließlich musste die FSB dem einzig verbliebenen Mieter dann eine günstige Ersatzwohnung herrichten, um die zeitlichen Bedingungen dieser Rendite überhaupt anstreben zu können.

- Für diese „sozial gemischten“ Stadtteile sieht die Verwaltung also keine rechtlichen Einwirkungsmöglichkeiten, will sie selbst die Marktverhältnisse bekanntlich nicht außer Kraft setzen. Man darf dann über das Zweckentfremdungsverbot der grün-roten Regierung aus Stuttgart schon schmunzeln, weil auch dieses die Preis-Profit-Regeln nicht stoppen wird.

„Um einen Bedarf bis zum Jahr 2030 von voraussichtlich über 7.000 Wohnungen zu decken, wären zusätzlich zur Innenentwicklung und zu den Bauflächen des [Flächennutzungsplans] (FLP) 2020 zumindest *zwei* neue Stadtquartiere in der Größenordnung von Rieselfeld und Vauban erforderlich.“ (kursiv nicht im Original, Anlage 2 zur Drucksache G-12/194).

Sämtliche Unmüssigs dieser Welt und die FSB-Truppen werden also erfreut sein ob des Konjunkturprogramms in Sachen Bau, das da auf sie wartet.

Gewiss, auch ein paar Baugruppen mit „urbanen Wohnformen“ sind dabei, die die Eigentums- und damit Klientelwirtschaft begünstigen werden.

Man darf sich also auf neue Baukasten Häuser freuen, die so aussehen wie im Rieselfeld oder in St.-Georgen-Innere-Elben. Das alles geht einher mit weiterem Container-Wohnbau-Systemen für Unerwünschte und Ausgeschlossene, wie es die Grüne Fraktion bereits mit ihrem Vorschlag meint, künftig die 45 qm-Grenze für Arbeitslose etc. zu reduzieren.

STADT-FÜR-ALLE-NACHRICHTEN (Rückblick vom 15. Dezember bis 15. Januar)

WOHNEN OHNE WAFFEN

Mit einer Petition richtet sich das Freiburger Friedensforum (www.ffffr.de) gegen ein Waffengeschäft und Schießanlage in Unmüssigs West-Arkaden. Dort soll im Keller eine Schießanlage errichtet werden.

JAHRESVORSCHAU:

ES GEHT WEITER NACH OBEN

Mit einer Mietsteigerung von 10% ist laut Mieterbund in Ballungszentren und Universitätsstädten zu rechnen. Die Tagesschau berichtet, dass „sich die Preisspirale auch 2013 weiterdrehen“ wird. Wann platzt sie? Also die Immobilien-Blase oder der Kragen!

JAHRESRÜCKBLICK:

ZWANGSRÄUMUNGEN IN SPANIEN

In Spanien gab es seit 2007 400.000 Zwangsräumungen und aktuell stehen 1,5 Millionen Anträge auf Räumung bei den Gerichten noch an. Die Initiative „Stoppt Zwangsräumungen“ schätzt, dass es bereits 100 Selbsttötungen im Zusammenhang mit Zwangsräumungen gab. In der Stadt Pamplona haben sich Schlüsseldienste in einer gemeinsamen Erklärung gegen eine weitere Beteiligung an Zwangsräumungen ausgesprochen. (tp)

LEERSTAND BESETZT

50 wohnungslose Familien haben Mitte Januar in Valdemoro (Spanien) eine leerstehende und seit ihrem Bau 2008 unbewohnte Siedlung besetzt. (20minutos.es)

WOHNEN IST MENSCHENRECHT

Eine Frau mit 2 Kinder hat 2009 in Spanien eine Wohnung besetzt. Das Europäische Gericht für Menschenrechte (EGMR) stoppte nun vorerst die anstehende Zwangsräumung - wegen Verdacht auf Verletzung der Menschenrechtskonvention (rdl.de)

BESETZUNG IN PARIS WIRD TOLERIERT

Am 29.12. haben 14 Familien (25 Kinder) zusammen mit „Recht auf Wohnung“ und „Schwarzer Donnerstag“ in Paris ein Bürogebäude besetzt. Die Besetzung wird mittlerweile vom Innen-

minister geduldet. Die Initiativen betonen, die Zahl leerstehender Wohnungen höher ist als die der Menschen in Wohnungsnot. In Frankreich gibt es formal ein Grundrecht auf Wohnen, das aber stetig erkämpft werden muss. (rdl.de)

LEBEN IN ARMUT IN FREIBURG

Allein in der Wiesentalstraße, einer Unterkunft für Menschen ohne Wohnung, leben aktuell 23 Kinder und Jugendliche - zum Teil jahrelang. Anlass für die Berichterstattung in der BZ gab erst ein Brand Ende Dezember. Nur das beherzte Eingreifen eines 16 jährigen Jungen (seit 3 Jahren dort) hatte Schlimmeres verhindert. Eine Anfrage der GAF und eine Pressemitteilung zur Situation wohnungsloser Kinder und Jugendlicher in Unterkünften der Stadt vor einem halben Jahr war von den Medien unbeachtet geblieben.

WILDWESTMETHODEN, AFÖ UND DIE POLIZEI

Am Ende der Nacht.Tanz.Demo. am 15.12. durchsuchte die Polizei ohne Durchsuchungsbefehl den Kyosk im Stadtteil Grün. Der Kyosk, dessen unkommerzieller Charakter den verschiedenen Ämtern seit langem bekannt ist, wandte sich nach dem überfallartigen Besuch in einem Offenen Brief an die Stadt: „*Wir fordern alle, ausdrücklich alle Gemeinderatsfraktionen auf, sich kundig zu machen, sich gegen Wildwestmethoden zu positionieren und dies uns mitzuteilen, frischen Wind im AfÖ zu analysieren oder in Erwägung zu ziehen und selbiges aufzufordern, sich für das Vorgehen zu entschuldigen und nachhaltig sämtliche Aufnahmen zu entsorgen.*“ (rdl.de/linksunten)

SCHWARZFahren ÜBERFLÜSSIG

Neben Hasselt in Belgien haben sich nun die Menschen in der estnischen Hauptstadt Tallinn (417.000 EinwohnerInnen) mittels eines Volksentscheides für die Einführung des „Nulltarif“ im ÖPNV für alle BewohnerInnen entschlossen. Wann kommt der kostenlose ÖPNV, oder wenigstens ein Sozialticket, in Freiburg?

LASCHE CAMPACT - KAMPAGNE

Campact hat zum Ende 2012 eine Emailkampagne „Wohnen muss bezahlbar sein“ gestartet. Jedoch gehen die inhaltliche Forderungen nicht über die aktuellen Positionen von SPD/Grüne hinaus. Und so konnte selbst die CDU mit einigen der Bitten der Kampagne einverstanden sein. So ist es fraglich was diese Kampagne bewirkt, außer rot-grüne Koalitionen (Hartz IV-Fraktion) vorzubereiten.

LETZTER MIETER

Der letzte Mieter in der Johann-Sebastian-Bachstr. wir nun ausziehen: Er hat nun für ihn akzeptable Bedingungen von der Stadtbau erstritten. Würden mehr Menschen wie er kämpfen, vielleicht hätte der Abriss verhindert werden können. Vielleicht klappt es bei den MieterInnen im „Uni-Viertel“. Dort will der Bauverein ein ganzen Quartier, zum Teil frisch sanierter Wohnungen, abreißen und mit teuren neuen Wohnungen bebauen.

ABSCHIEBUNGEN

Am 1. Februar sollen erneut Menschen nach Serbien abgeschoben werden. Der Baden-Airpark ist mittlerweile zum zentralen Abschiebeflughafen in Baden-Württemberg geworden. ([abr](#))

SOZIALE SPALTUNG SCHREITET VORAN

Die EU-Kommission stellte ihren neuen Sozialbericht vor und beschreibt darin die Folgen der aktuellen Rezession in Europa. Die zunehmende Ausgrenzung aus sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen (Gesundheit, Wohnen, Essen, ...) ist bei einer Gesellschaft, die Lohnarbeit als zentrale Instanz fürs Menschsein definiert, fatal: Bei Arbeitslosenquoten wie ca. 26% in Spanien und Griechenland (Jugendarbeitslosigkeit 57%) hat diese verheerende Folgen für die Existenzsicherung.

Aber wir wissen ja: Wir leben im besten aller möglichen Systeme!

Quellen/Infos auf www.rechtaufstadt-freiburg.de